

BÜRGER **INFO** RMATION FÜR LINKENHEIM-HOCHSTETTEN

blickpunkt

Ausgabe März 2016



Joachim Kößler - Guido Wolf - Joachim Walter

Lust auf Zukunft

Editorial

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger.

Am 13. März 2016 ist Landtagswahl in Baden-Württemberg und es gibt nur ein Thema: Flüchtlinge!

Jetzt kann man sich darüber trefflich streiten, oder besser, man sollte sich darüber streiten dürfen. Eigentlich dachte ich nach der Silvesternacht in Köln wäre es nun möglich, dieses Schwarz-Weiß-Denken (ohne Vorbehalt für alle Flüchtlinge = gut, Kritik daran äußern = Nazi) aufzubrechen. Inzwischen zweifle ich schon wieder.

Aber das hat mit Landespolitik nichts zu tun, zumindest sehr wenig.

Lassen Sie mich deshalb das Augenmerk auf landespolitische Themen richten. Wie sieht es da aus?

Unsere grün-rote Landesregierung sagte schon vor der letzten Landtagswahl, Baden-Württemberg steht so gut da, dass sie es auch nicht besser machen könnten. Nur anders.

Nun Sie hielten Wort, besser wurde tatsächlich nichts, aber auch gar nichts! Im Gegenteil.

Grün-Rot macht Politik für die eigene Klientel!

Die Dächer müssen begrünt werden. Der Jäger wurde zum Wildtiermanager degradiert (was dem Angler blüht, konnten Interessierte auf dem politischen Fischereitag, der letztes Jahr in Linkenheim-Hochstetten stattfand, erfahren). Fahrverbote sollen verhängt werden. Auch wird über eine flächendeckende Höchstgeschwindigkeit von 100 oder 120 Stundenkilometer auf unseren Autobahnen nachgedacht (am besten wir fahren alle nur noch Rad). Selbst das Ponyreiten auf Festen soll verboten werden.

Grün-Rot gefällt sich einfach darin, die Menschen nach ihren ideologischen Vorstellungen umerziehen zu wollen.

Ein Paradebeispiel hierfür ist die Schulpolitik im Land. Grün-Rot hat unser funktionierendes Schulsystem ins Chaos gestürzt und setzt auch weiterhin einseitig auf die Gemeinschaftsschule.

Oder die unsinnige Polizeireform. Sie muss sofort auf den Prüfstand. In Baden-Württemberg soll Sicherheit wieder ein vertrautes Gefühl werden.

Ebenso muss sich der Umgang mit den Kommunen wieder ändern und auf Augenhöhe stattfinden.

Auch bei den Finanzen hat Grün-Rot bewiesen, dass sie es einfach nicht können. Selbst in wirtschaftlich besten Zeiten haben sie drei Milliarden Euro Schulden aufgenommen und den Haushalt um fast ein Drittel aufgebläht!

Das Experiment Grün-Rot ist gescheitert.

Es wird Zeit, Zeit die Bevormundung zu beenden.

Es sollte wieder die Mitte der Gesellschaft in den Fokus politischen Handelns geraten und Leistungsträger gefördert anstelle gegängelt werden.

Eine gute Politik braucht die richtigen Inhalte. Sie braucht Menschen die gestalten wollen. Persönlichkeiten die für ihr - unser - Land brennen und Chancen erkennen. Einen Regierungschef, der zupackt, wo andere nur verwalten. Der das Gefühl für die nötige Balance von Recht und Gerechtigkeit hat. Unser Spitzenkandidat Guido Wolf war Richter, Bürgermeister und Landrat. Sachverstand und Verlässlichkeit zeichnen ihn aus. Er, wie auch unser Kandidat für unseren Wahlkreis, Joachim Köbler, verbinden Bodenständigkeit mit Tatkraft.

Hiervon konnte ich mich auch bei einem persönlichen Gespräch mit beiden überzeugen.

Die CDU steht für solide Finanzen und eine starke Polizei, um die Sicherheit der Bürger gewährleisten zu können. Die CDU wird den Breitbandausbau für ein schnelles Internet voranbringen und in den Straßenbau investieren. Die CDU wird die Realschulen wieder stärken und im Gegensatz zu Grün-Rot auch das Gymnasium nicht in Frage stellen. Und die CDU wird auch abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben, damit für die wirklich Hilfsbedürftigen gesorgt werden kann.

Deshalb gibt es am 13. März für Baden-Württemberg nur eine Wahl.

Entscheiden Sie sich für „wieder Lust auf Zukunft“, entscheiden Sie sich für die CDU mit Joachim Köbler und Guido Wolf.

Joachim Walter

Vorsitzender der CDU Linkenheim-Hochstetten

Energiepolitik in Baden-Württemberg

Wenn Sie mal die Frage stellen, zu welchem Zeitpunkt die Energiewende begonnen hat, dann erhalten Sie vielfach die Antwort: „Fukushima, im März 2011!“ Aber ist das wirklich so? Die aktuelle Landesregierung scheint dieses Ereignis ebenfalls damit in Verbindung zu bringen und deshalb die Energiewende für sich zu reklamieren. Kein Wunder, unmittelbar danach wurde sie gewählt. Das Gegenteil ist aber der Fall! Tatsächlich hat die Energiewende schon viel früher begonnen. Nämlich mit der Einführung des Erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000. Seitdem erleben wir einen stetigen Zubau im Bereich Windenergie und Photovoltaik.

Im Regierungsprogramm von Grün-Rot steht, dass der Anteil der Windenergieerzeugung in Baden-Württemberg auf zehn Prozent ansteigen soll. Heute beträgt der Anteil etwa 1,5 Prozent. Um das Ziel zu erreichen, müssten in Baden-Württemberg bis 2020 noch rund 1.000 Windkraftanlagen in Betrieb genommen werden. Also pro Jahr 200 Stück. In 2015 waren es gerade mal 50. Ganz abgesehen davon, dass das Ziel bei Weitem nicht erreicht wurde, ist es ein Beleg für eine völlig verfehlte Energiepolitik der amtierenden Landesregierung, sich nur auf den Ausbau der Windenergie zu konzentrieren und alles andere weitestgehend außer Acht zu lassen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) in Deutschland läuft insgesamt nämlich so gut, dass man sich aktuell darum kümmern muss, dass das Gesamtsystem nicht aus den Fugen gerät. Dazu zählt, dass der rechtliche Rahmen - das EEG - angepasst wird. Das geschieht aktuell auf Bundesebene. Bei der Energiewende sind außerdem die Themen Netzausbau, Stromspeicherung und smarte Energielösungen die wichtigen Themen. Zum weiteren Ausbau der EE muss in diesen Bereichen was passieren, sonst gerät die Energiewende nämlich ins Stocken.

Um hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die CDU bekennt sich ausdrücklich zur Energiewende!

Sie muss sauber, sicher und bezahlbar sein. Wenn man sich, wie die heutige Landesregierung, nur auf den Ausbau der EE konzentriert, dann bringt man die Versorgungssicherheit in Gefahr und treibt die Kosten in die Höhe – und das im Industrieland Ba-

den-Württemberg. Die Energiepolitik von Grün-Rot droht den Wirtschaftsmotor abzuwürgen!

Wenn man dann mal hinterfragt, warum der Windenergieausbau in Baden-Württemberg stockt, dann wird das Dilemma von Grün-Rot erst recht klar. Denn mit den heute am Markt erhältlichen Windkraftanlagen sind immer mehr Gebiete Baden-Württembergs für die Windkraftnutzung geeignet. Scheitern tun die Projekte häufig am Widerstand aus der Bevölkerung. Dort werden Argumente gegen den Ausbau der Windenergie angeführt, die früher vor allem von den Grünen lanciert wurden (Pflanzenschutz, Vogelschutz, Eingriff in die Landschaft etc). Tja, die Geister, die Herr Kretschmann & Co. riefen. Dann hoffen wir mal, dass der Spuk bald ein Ende hat!

Mit einer CDU-geführten Landesregierung wird es nämlich wieder eine vernünftige Energiepolitik im Land geben. Die CDU wird sich den wichtigen Dingen widmen, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.

- Die CDU wird die Forschungseinrichtungen im Land noch besser vernetzen, um das Zusammenspiel von Strom, Wärme und Mobilität mit der Informations- und Kommunikationstechnik zu einem sinnvollen Ganzen zu verbinden. Dadurch werden Innovationen entstehen, die der Energiewende zum Erfolg verhelfen.
- Des Weiteren gilt es die Energiewende auch im Verkehrssektor voranzubringen. Dazu zählt auch die Elektromobilität.
- Die CDU wird sich für einen konsequenten Netzausbau einsetzen. Dazu gehört auch die frühzeitige Information der Bevölkerung über die notwendigen Maßnahmen.
- Und mit der CDU wird die Energiewende auch außerhalb der Stromversorgung betrachtet. Das große Energiesparpotential bei der Gebäudesanierung wird wieder in Angriff genommen.

Eine CDU-geführte Regierung wird eine gestalterische Rolle bei der Energiepolitik einnehmen. Dies geschieht im Interesse der Endverbraucher, aber auch im Interesse der Wirtschaft. Denn Handwerk, Mittelstand und Industrie brauchen eine langfristig ausgerichtete Energiepolitik.

Andreas Stampfer

Liebe Bürgerinnen und Bürger,



am 13. März 2016 wird der Landtag in Baden-Württemberg neu gewählt. Damit stellen Sie die politischen Weichen für unsere Heimat in den kommenden fünf Jahren.

Als Landtagsabgeordneter vertrete ich seit zwei Wahlperioden unseren Wahlkreis – den südlichen

Kraichgau und die Hardt – in Stuttgart. Hier im Wahlkreis bin ich geboren und aufgewachsen, hier lebe ich mit meiner Familie. Für mich bedeutet dieses Mandat Vertretung der Interessen und Anliegen der Menschen meiner Heimat. Ich will dafür sorgen, dass kommende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben. Politik beginnt für mich damit, nahe bei den Menschen zu sein, ihre Anliegen und ihre Herausforderungen aufzunehmen und ihnen auch in schwierigen Situationen zu helfen.

In den letzten fünf Jahren wurde unser Land von einer Grün-Roten Koalition regiert. Noch immer ist Baden-Württemberg ein liebens- und lebenswertes Land. Aber es ist keine Insel der Glückseligen. In der Flüchtlingskrise ist die grün-rote Landesregierung überfordert. Sie blockiert wichtige Schritte auf dem Weg zu schnellen Verfahren und konsequenten Abschiebungen. Und auch in anderen Politikbereichen fallen wir zurück. Bei uns wurden Schulden gemacht, in Bayern werden sie bereits zurückgezahlt. Bei uns hat die Landesregierung die Schuldenlast auf den Kopf gestellt, zwischen München und Nürnberg belegen die Schüler in Ländervergleichen unverändert Spitzenplätze. Grün-Rot richtet den Fokus vornehmlich auf Windräder und Fahrradwege, während andere Bundesländer in den Ausbau der Infrastruktur, in Straßen und schnelles Internet investieren. Die grün-rote Polizeireform hat gewachsene Strukturen zerschlagen und die Polizei von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort entfernt.

Meine Schwerpunkte werden auch in Zukunft in der Finanz- und Wirtschaftspolitik liegen. Mein Ziel ist es, dass wir in Baden-Württemberg einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen und gleichzeitig den Schuldenabbau einleiten. Schulden erhöhen die vom Land zu tragende Zinslast und führen mittelfristig

zu einer höheren Steuerbelastung der Bevölkerung. Wir dürfen unseren Kindern keine Schulden hinterlassen.

Baden-Württemberg ist ein innovatives Industrieland. International tätige Mittelständler, kreative Handwerker und eine bäuerliche Landwirtschaft prägen die Wirtschaftsstruktur in unserem Land und sichern unseren Wohlstand. Nur wenn es gelingt, auf den Märkten mit anspruchsvollen Dienstleistungen, innovativen Produkten und hochwertigen Erzeugnissen bestehen zu können, können Wohlstand und Arbeitsplätze im Land gesichert werden. Hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, sehe ich als meine Aufgabe im Landtag an.

Konkreter Handlungsbedarf besteht bei verschiedenen Straßenbauprojekten im Wahlkreis, sowie bei der Sanierung von Landesstraßenabschnitten. Zufriedenstellende Verbindungen im ÖPNV sind ein weiteres wichtiges Thema. Ebenso die ärztliche Versorgung der Bevölkerung: Hier kam es bereits in den letzten Jahren zu einer Verschlechterung im Apothekennotdienst und zu einer Schließung von Notarztpraxen. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Viele Hausärzte werden in den nächsten Jahren das Pensionsalter erreichen. Wir wollen Stipendien einführen, um Ärztinnen und Ärzte für den ländlichen Raum zu gewinnen, ausreichend Studienplätze für Medizin schaffen und die Allgemeinmedizin im Studium stärker gewichten.

Die Gestaltung und Pflege unserer Umwelt liegt uns am Herzen!

Unser Tätigkeitsfeld liegt vom kleinen Privatgarten mit anspruchsvoller Planung und sorgsamer Ausführung, hin zu Großprojekten wie Schulen, Kindergärten, Kirchen, Versicherungen, Park- und Sportanlagen.

ERB

ERB Galabau OHG

Garten- und
Landschaftsbau

Friedrichstaler Str. 19
76351 Linkenheim

In der Bildungspolitik geht es m. E. darum, die besten Schulen für unsere Kinder zu schaffen. Die ewige Strukturdebatte müssen wir beenden. Die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler sind es leid, mit immer neuen Reformen konfrontiert zu werden.

Kontinuität im Schulsystem ist dringend notwendig, um die bestmögliche Qualität zu erreichen. Wir brauchen Schulen, die die unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten fördern. Deshalb wollen wir die erfolgreiche Realschule stärken, die Gymnasien qualitativ ausbauen und die Grundschulen im ländlichen Raum erhalten. Die bestehenden Gemeinschaftsschulen werden wir erhalten und sie weiterentwickeln mit dem Ziel, auch dort gleichwertige Abschlüsse zu erreichen.

Internationale Studien haben bestätigt, dass die Lehrerinnen und Lehrer der entscheidende Faktor für den Lernerfolg sind. Sie in Ihrer Arbeit zu unterstützen und ihnen entsprechende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten zu eröffnen, muss Kernelement jeder Bildungspolitik sein.

Die jetzige Regierung verspielt den Vorsprung, den sich unser Land unter Ministerpräsidenten wie Lothar Späth, Erwin Teufel und Günther Oettinger erarbeitet hat. Diesen Trend müssen wir mit der Landtagswahl 2016 umkehren. Baden-Württemberg braucht endlich wieder eine Regierung, die die Weichen in Richtung Zukunft stellt, für Aufbruchsstimmung sorgt und nicht nur verwaltet, sondern auch wieder gestaltet.

Aus diesem Grund bitte ich Sie am 13. März 2016 um Ihr Vertrauen.

Ihr Joachim Kößler

E i n e Schule für alle ?

Die Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen im baden-württembergischen Landesverband hat die Regierung aufgefordert den Beschluss im Koalitionsvertrag umzusetzen, der vorsieht, das Gymnasium in eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln, dieses also abzuschaffen und e i n e Schule für alle zu errichten.

Das stieß bei einigen grünen Funktionären auf Ablehnung. Darunter war auch Winfried Kretschmann, welcher sagte: Wer Wahlen verlieren will, soll die Abschaffung des Gymnasiums fordern.

Also aus wahltaktischen Gesichtspunkten lehnt Kretschmann den Aufruf der Jungen Grünen ab. Und es ist dem CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobel zuzustimmen, wenn er meint, dass die grüne

Jugendorganisation nur ausspricht, was die Partei denkt.

Sollte Grün-Rot bei den Wahlen die Mehrheit einbüßen, wäre wohl das Thema „Abschaffung des Gymnasiums“ vom Tisch.

Günther Röder

Ihr Partner mit dem guten Service

Bernhard Kirschbaum



FIAT

Autorisierter Servicepartner

Linkenheim

- Verkauf
- KFZ-Reparaturen
- Mehrmarken-Service
- Unfallinstandsetzung
- Mietwagen-Service

Bernhard Kirschbaum • 76351 Linkenheim-Hochstetten
 Carl-Benz-Str. 3 • Tel.: 07247-7026 • Fax: 07247-7024
 fiat-kirschbaum@t-online.de

Grundschulempfehlung passé?

Der Bildungskongress in Hambrücken stellte mit dem ehemaligen Staatssekretär im Kultusministerium Georg Wacker die drei Grundsätze der CDU für die Schule vor:

- Qualität - besonders bei der Ausbildung der Lehrer und Leistung bei den Schülern
- Freiheit - die Wahl zwischen Ganztags- und Unterricht in der jetzigen Form
- Vielfalt - die Schulform zu wählen, welche für das Kind z.B. nach der Grundschulempfehlung, die sonst keine Berechtigung mehr hat, die beste ist

Besonders diese letzte Aussage stellt den Widersinn der Regelung in Frage, dass weiterführende Schulen diese Empfehlung nicht einsehen können. Dies führt dazu, dass 40 % der Fünftklässler in Gymnasien schon Förderunterricht brauchen und spätestens in der 7. Klasse (Einführung der 2. Fremdsprache) gar nicht mehr mitkommen.

Entscheiden wir als verantwortliche Eltern und Großeltern am 13. März darüber, ob die dauernden Reformen am Schulsystem auf dem Rücken der Kinder, aber auch der Lehrer ausgetragen werden oder ob man einfach wieder den Schülern etwas „beibringen“ darf.

Christa Jung-Wittiger

Realschule als „Schule der Mitte“

- „Die Realschule ist eine unaufgeregte Schule, die einen Wert hat“
- „Die duale Ausbildung ist ein Exportschlager Baden –Württembergs“
- „Ohne die Realschule als Schule der Mitte und Ausgang für die beruflichen Schulen fallen viele Ausbildungsprofile weg – Fachkräfte werden fehlen“

Dies sind Aussagen des CDU Spitzen-Kandidaten Guido Wolf, die ich anlässlich des Bürgerempfanges in unserer Nachbargemeinde Graben-Neudorf mitgeschrieben habe.

Linkenheim-Hochstetten hat es geschafft, seine Realschule zu erhalten. Dies obwohl es auch hier einige Diskussionen zur Umwandlung gegeben hat, obwohl viele das Bestreben hatten (haben), eher den Weg zur Bildung einer Gemeinschaftsschule einzuschlagen und die Realschule in ihrer jetzigen Form abzuschaffen.

Die Mitglieder des CDU Gemeindeverbandes, die CDU-Gemeinderäte als Vertreter unserer Ansichten im Gemeinderat, standen und stehen hinter der Realschule.

„Nicht alle Kinder haben gleiche Begabungen, nicht alle Kinder können und wollen den gleichen Weg gehen, unterschiedliche Begabungen und Interessen sind ein Pluspunkt unserer Gesellschaft. Gleichmacherei, alle in einen Topf stecken, hieße Talente und Begabungen nicht ausreichend zulassen“ – auch dies sind Aussagen von Guido Wolf, die sich voll und ganz mit meiner Meinung decken. Das bisherige Schulsystem mit der Realschule als Schule der Mitte, als Schule, die mehr den „Praktikern“ gerecht wird, erlaubt über den Weg der beruflichen Gymnasien genauso den Weg zu höherem Abschluss wie der Besuch eines Gymnasiums. Jedoch nicht alle sollen das Abitur machen, nicht alle brauchen das Abitur. Wir benötigen viele Fachkräfte, die aus dem mittleren Bildungsbereich kommend, handwerkliche Ausbildungen machen und einen festen Platz in der Gesellschaft haben. Durch die Realschule ist der Weg in die Berufsfachschulen gegeben. In Baden-Württemberg haben wir ausgezeichnete Berufsschulen mit unterschiedlichen Profilen, die den Zugang zu vielen Ausbildungsberufen ebnet. Die duale Ausbildung - die Kombination Berufsschule und Ausbildung im Betrieb - ist ein Bildungsweg, für

den viele Länder Baden-Württemberg als Vorbild sehen und die ein Exportschlager Baden-Württembergs ist.

Ich finde es ist gut, dass der Wert der Realschule gewürdigt wird und habe den Eindruck, dass die Diskussionen über ihre Abschaffung oder den Umbau in eine andere Schulart sich nun erledigt hat. Schön wär's.

Marion Tachlinski



Marion Tachlinski und Brigitte Fritzen mit Guido Wolf

Elefanten

Vor Wahlen ist es gute Gepflogenheit, dass die Spitzenkandidaten der Parteien zu einem Diskussionsforum im Fernsehen antreten und sich einen Schlagabtausch untereinander liefern. Man nennt dies „Elefantenrunde.“ Nicht nur die bereits im Landtag vertretenen Parteien sollten dabei sein, sondern auch solche, die gute Chancen haben, ins Parlament zu kommen. Vor allem auf die AfD trifft das zu, weniger auf die FDP und die Linkspartei.

Nun haben der Ministerpräsident Kretschmann von Bündnis 90/Die Grünen und sein Stellvertreter Finanzminister Schmid, SPD-Landesvorsitzender, wiederholt erklärt, sich mit der AfD nicht an einen Tisch zu setzen. Da muss man sich schon fragen, wo die „Politik des gehört Werdens“ bleibt, wovon der Ministerpräsident so schwärmt oder wird nur gehört, was einem in den Kram passt.

Schon bald gab es aus den eigenen Reihen Kritik, allen voran von Kultusminister Stoch (SPD), der dieses Verhalten einen Fehler nannte, weil er die AfD in der Rolle des Märtyrers dränge. Das ist auch der Fall, wenn, wie in unserer Region geschehen,

Gastwirte massiv unter Druck gesetzt werden, der AfD keinen Raum zur Verfügung zu stellen, was von Lokalpolitikern der SPD betrieben und von Grünen begrüßt wurde.

Jedenfalls erhielt die AfD nach diesen Vorgängen und der unprofessionellen Haltung der grün-roten Spitzenkandidaten, diese auszugrenzen in den Umfragen kräftigen Rückenwind und wurde in Baden-Württemberg zweistellig.

Schließlich hat das grün-rote Spitzenduo eine Kehrtwende vollzogen. Sie erklären nun, dass sie teilnehmen mit ebenso markigen Worten wie zuvor die Ablehnung.

Guido Wolf, der CDU-Spitzenkandidat hat von Anfang an deutlich gemacht, dass er auf jeden Fall dabei sein werde, wie auch die drei anderen in Frage kommenden Parteien.

Günther Röder

Bericht vom Frauen- „Flüchtlingsgipfel“

Am 19.1.2016 fand ein Treffen zum Thema „Flüchtlinge“ in Ludwigshafen mit der Ministerpräsidentin des Saarlands, Frau Kramp-Karrenbauer und den Spitzenkandidaten Frau Julia Klöckner und Guido Wolf statt. Eingeladen hatte die Vorsitzende der Frauenunion, Frau Widmann-Mauz, speziell für Frauen, da sie am häufigsten im Ehrenamt mit den Flüchtlingen umgehen. Zur Unterstützung der beiden Wahlkämpfer waren aber auch mindestens ein Drittel männliche Teilnehmer anwesend.

Die Ministerpräsidentin betonte, dass in ihrem Bundesland konsequent alle Flüchtlinge registriert und auch abgeschoben werden, falls sie keine Bleibeperspektive haben; z. Zt. mit ca. 400 etwa die 10fache Zahl im Vergleich mit dem Stadtstaat Bremen. Frau Klöckner bestand auf einem „Integrationsgesetz“ und dem Verbot der Vollverschleierung. Unser

Spitzenkandidat Guido Wolf bot vor allem Perspektiven für die Flüchtlinge an, damit „sie so leben können, wie wir wollen“. Dies sei durch das hervorragende bürgerschaftliche Engagement der vielen Ehrenamtlichen zu erreichen, um die Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Dadurch können „aus einer Krise neue Kräfte wachsen“.

Es gab verschiedene Diskussionsrunden mit den Themen „Ankommen in Deutschland und dann?“ mit Frau Kamp-Karrenbauer, „Herausforderung Flüchtlingspolitik“ unter Mitwirkung von Herrn Wolf, „Flüchtlingsfrauen: Leben und Wohnen in Deutschland“, das die Präsidentin des deutschen Städtetags, Frau Lohse aus Ludwigshafen selbst schilderte, „Herausforderung Integration meistern“ und „Berufliche Perspektiven für Frauen“, geschildert von einer Gewerkschaftsfrau und Frau Staatsministerin Maria Böhmer.

Wichtig war für alle als Grundlage das Grundgesetz, speziell der Paragraf zur Gleichberechtigung und die christlichen Werte. Auch sollte das Asylgesetz II möglichst bald verabschiedet werden, am besten wieder mit der Residenzpflicht für Flüchtlinge, welche alle registriert sein müssen.

Frauen sind der Schlüssel für die Integration mit dem Erlernen der deutschen Sprache. Es gilt für sie oft, Bildung und Abschlüsse nachzuholen und dann auch Berufe auszuüben. Sie selbst und speziell ihre Kinder sollten schnell integriert werden, damit sie dann in die Berufsausbildung, z. B. Pflegeberufe o. ä., kommen und ihren Unterhalt selbst verdienen können.

Für die Kommunen sollte die Unterstützung durch die Länder steigen, besonders solle aber auch der Bund die finanziellen Belastungen mittragen. Die Wanderung in die Ballungsgebiete muss gestoppt werden, um eine Ghettobildung in den Städten zu verhindern.

Näheres kann in der „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“ der CDU im Internet nachgelesen werden.

Für unseren Ort kann man sich beim Arbeitskreis Integration unter dem Motto „Gemeinsam schaffen wir’s“ über die Situation der Flüchtlinge informieren.

Christa Jung-Wittiger

Axel E. Fischer informiert in Hochstetten zur Asylpolitik der Bundesregierung

Am Mittwoch, den 20. Januar lud der CDU-Gemeindeverband Linkenheim-Hochstetten ins Vereinsheim des TV Hochstetten zu einer Informationsveranstaltung zur Asylpolitik der Bundesregierung ein. Im fast voll besetzten Nebenzimmer der Gaststätte berichtete der CDU Bundestagsabgeordnete Axel E. Fischer rund zweieinhalb Stunden in aller Ausführlichkeit und beleuchtete dabei alle Aspekte dieses Themas.

Zunächst ging Fischer auf den demografischen Wandel in unserer Bevölkerung ein. Demnach brauchen wir in Deutschland sogar Zuwanderung, um unserer Sozialsysteme aufrecht erhalten zu können. Trotzdem, vieles was gerade passiert scheint nicht nachvollziehbar und in der Bevölkerung wächst die Sorge, dass die innere Sicherheit und die jedes Einzelnen in Gefahr seien. So waren auch die ersten Reaktionen aus dem Publikum und schon war die Diskussion in vollem Gange

Fischer legte aber Wert darauf, dass man nicht alle Flüchtlinge in die kriminelle Ecke stellen sollte. Im Gegenteil. Es sind wenige schwarze Schafe, die alle in einem schlechten Licht erscheinen lassen. Da sollte man differenzieren. Genauso müssen aber diejenigen, die wirklich kriminell werden die Konsequenzen tragen. Dies wiederum bedarf aber einer Aufstockung des Personals bei der Polizei und den Ämtern.

Des Weiteren ist Integration ein Schlüssel zum Erfolg. Hier leisten vor allem viele Ehrenamtliche Helfer einen sehr wertvollen Beitrag. Es braucht dafür aber auch zusätzliche Stellenbesetzungen in Schulen und Kindergärten.

Nach Fischers Ansicht wurde der Flüchtlingsstrom durch die Willkommenspolitik der Bundesregierung vom vergangenen Sommer stark begünstigt. Außerdem werden von bereits in Deutschland lebenden Flüchtlingen über die sozialen Netzwerke Bilder in die Heimat geschickt, die weitere Flüchtlinge ermuntern sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Kriminelle Schleuser tun dazu Ihr Übriges.

Aber warum scheint die Bundesregierung gegen diese unkontrollierte Einwanderung nichts zu tun, so die Frage eines weiteren Gastes. Das konnte der Bundestagsabgeordnete so nicht stehen lassen. Denn erst im November trat ein verschärftes Asylgesetz in Kraft und eine weitere Verschärfung ist gerade in Arbeit, führte er aus. Er konstatierte aber auch, dass den Weg, den die Bundeskanzlerin Angela Merkel verfolgt noch für einige Fragezeichen sorgt. Denn es fehlt eine klare Botschaft, warum sie beispielsweise gegen eine Obergrenze ist und warum sie so sehr an der europäischen Lösung festhält. Zumal diese sicherlich viel Zeit braucht – aber haben wir die überhaupt?

Am Ende sagt Fischer noch, dass die Grenzöffnung vom Spätsommer ein Fehler war und falsche Signale in die Welt gesendet hat. Allerdings ist er sich sicher, dass unser Land ohne Zuwanderung schwerwiegende Probleme bekommen wird.

Aber was schlägt der Bundestagsabgeordnete eigentlich vor. „Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz“, so Fischer. „In diesem Gesetz müssen Kontingente für die Zuwanderung klar geregelt werden!“ Er erklärt weiter, dass darüber hinaus die Asylverfahren deutlich schneller und die Abschiebungen konsequenter umgesetzt werden müssen. Denn immerhin sind rund 50 Prozent der Asylträge ungerechtfertigt und die Antragsteller müssten deshalb zurück in ihr Herkunftsland.

Andreas Stampfer